

Niels Seibert

Vergessene Proteste

Internationalismus und Antirassismus

1964-1983

UNRAST

An der US-Air-Base in Ramstein kam es dabei zu einem Zwischenfall. Drei oder vier in der BRD lebende Afroamerikaner fuhren Mitte November 1970 von Frankfurt über die US-Stützpunkte Heidelberg und Kaiserslautern zur US-Air-Base nach Ramstein. Sie vermuteten, dass sie sich irrtümlich bereits auf Militärgelände befanden und kehrten um. Ein deutscher Wachposten stoppte sie und verlangte ihre Pässe. Sie zeigten ihre Ausweise, wollten sie aber nicht aus der Hand geben, woraufhin der Posten die Autotür aufriss und den Zündschlüssel zog. Dabei sah er Material der Black Panther Party im Auto, trat einen Schritt zurück, zog seine Dienstwaffe und schoss auf die Insassen. Einer von ihnen schoss zurück. Lawrence »Larry« Jackson und William Burrell, der sich nach seiner Ausweisung illegal in der BRD aufhielt, wurden nach einem Großeinsatz der deutschen und amerikanischen Polizei festgenommen.

Ein Zweibrücker Richter erließ Haftbefehl, woraufhin Jackson und Burrell, die Ramstein 2, nach Zweibrücken in Untersuchungshaft kamen. Die Black Panther-Solidarität und die GI-Bewegung erhoben schwere Vorwürfe gegen Polizei, Justiz und lokale Medien. Das Black Panther-Solidaritätskomitee vertrat die Auffassung, mit der Inhaftierung soll »ein Exempel gegen oppositionelle GI-Arbeit statuiert werden«. Auch die GI-Zeitung *Voice of the Lumpen* bezeichnete die Justiz als »ein von der US-Regierung angestiftetes Instrument rassistischer Blindgläubigkeit«. Flugblätter der deutschen Solidaritätsbewegung waren mit »Rassismus in der BRD« bzw. »Rassismus in der Pfalz« betitelt.

Am 6. März 1971, den die Black Panther Party zum internationalen Tag der Solidarität mit Bobby Seale erklärt hatte, organisierte das Black Panther-Solidaritätskomitee ein Treffen in Saarbrücken und eine bundesweite Demonstration in Zweibrücken. Zum Treffen, zu dem »alle sozialistischen und revolutionären Gruppen und Organisationen in der Bundesrepublik und Westberlin« eingeladen waren, kamen knapp 1 000 Teilnehmer/innen. Neben der Solidarität mit Bobby Seale und den Ramstein 2 sollte die Demonstration die Öffentlichkeit »über Hetzkampagnen gegen Schwarze in deutschen Zeitungen« aufklären. Es kamen etwa 2 000 Menschen aus der ganzen BRD, darunter zahlreiche Afroamerikaner/innen. Unter einem Meer von roten Fahnen und den Parolen »Freiheit für Bobby Seale«, »Freiheit für die Ramstein 2«, »Die US-Imperialisten verjagen – die deutschen Kapitalisten schlagen« versammelten sie sich vor dem Landgericht. Für die kleine Stadt in der pfälzischen Provinz war der Besuch der Linken und die Anwesenheit von vier Polizeihundertschaften ein politisches Großereignis. Als ein Transparent am Bismarck-Denkmal befestigt wurde, das die Gründung des Deutschen Reichs vor 100 Jahren durch Bismarck in einen Zusammenhang mit Kapitalismus,

Ausbeutung und Unterdrückung stellte, löste das bei manchen Einwohnern einen Proteststurm aus. Bei einem Handgemenge zwischen Demonstrant/innen und Pfälzer Landwirten wurde das Transparent zunächst heruntergerissen und dann wieder befestigt. Auf dem Denkmalsockel prangte in roter Ölfarbe »Freedom for Ramstein 2«. Am Knast wurden Kanonenschläge über die Mauer geworfen und die Freilassung der beiden politischen Gefangenen gefordert. Auf dem Rückweg verließen die Demonstrant/innen die angemeldete Strecke und versuchten ihre neue Route gegen die Polizei durchzusetzen. Nach der Demonstration fielen deutliche Worte: »Diesmal haben wir nur informiert und demonstriert«, rief KD Wolff, »erfüllt man unsere Forderungen auf Freilassung der Genossen aber nicht, dann werden wir das nächste Mal in kleinen Gruppen [...] wiederkommen und uns so verhalten, wie es die Verhältnisse erfordern.« Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, der tags darauf zur Einweihung des Rot-Kreuz-Hauses nach Zweibrücken kam, sprach von einer Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Ordnung durch linksradikale Gruppen und schloss ein Verbot solcher Gruppen nicht aus.

Zum Prozess gegen die beiden Black Panther-Aktivisten mobilisierte das Black Panther-Solidaritätskomitee im Juni und Juli 1971 erneut nach Zweibrücken. 6 000 GIs unterschrieben eine Petition und forderten die Freilassung der beiden. Wenige Tage vor Prozessbeginn verteilten das Black Panther-Solidaritätskomitee, die Roten Schülergruppen Pfalz und die Schülerzeitung *Fragezeichen* Flugblätter an Zweibrücker Schulen und veranstalteten auf deren Höfen Teach-Ins. An zwei Gymnasien beriefen Schüler/innen eine Vollversammlung ein und die Schuldirektion gestattete, in allen Unterrichtseinheiten über den Prozess zu diskutieren und Schülerdelegierte in den Prozess zu entsenden. Am Land- und Amtsgericht sowie dem Rathaus stand riesig: »Deutsche Justiz – Büttel der US-Miliz!« und »Free Larry – Free Will«. Bei einer vor dem Landgericht angemeldeten »Informationsversammlung« diskutierten 100 Teilnehmer/innen mit drei Mal so vielen Zweibrücker/innen. Die Lokalpresse kommentierte überheblich: »Es bedarf keiner Belehrung seitens extremer Gruppen hinsichtlich von Rassenfragen, da die Einwohnerschaft ohnehin jegliche Rassendiskriminierung ablehnt.«

Am 16. Juni 1971 begann die Gerichtsverhandlung. 250 GIs, amerikanische Zivildienstleistende/innen und deutsche Aktivist/innen standen einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüber. Der Wachposten und Hauptbelastungszeuge, der in Ramstein das Feuer eröffnet hatte, verwickelte sich in erhebliche Widersprüche und mehrere Zeugen widersprachen seiner Version. Die Zeugenvernehmung ergab zudem, dass er nicht das erste Mal an einer Schießerei beteiligt war. Redakteure der GI-Zeitung *Voice of the Lumpen* berichteten ausführlich

über das Gerichtsverfahren. Die Angeklagten führten einen politischen Prozess. Ihre Rechtsanwälte luden Gerhard Amendt, Herausgeber des Buches »Black Power«, als Sachverständigen zur Bürgerrechtsbewegung in den USA. Sie selbst stellten bei dem deutschen Gericht »den selben Hang zum Rassismus« fest wie er in Amerika üblich sei. Mit einem offenen Brief an das Landgericht Zweibrücken schaltete sich auch Kathleen Cleaver ein: Der Aufstand der Schwarzen breche nun innerhalb der in Westdeutschland stationierten Streitkräfte aus, weil die Soldaten dort rassistische Unterdrückung und politische Repression erleiden müssten.

Obwohl der Verbleib der angeblichen Tatwaffe und die weiteren Autoinsassen nicht ermittelt werden konnte und obwohl die beiden Angeklagten bei ihrer Festnahme keine Schmauchspuren an den Händen hatten, wurden sie verurteilt. Jackson erhielt wegen versuchten Totschlags eine sechsjährige Freiheitsstrafe. Ein Prozessbeobachter bezeichnete die Verurteilung und die unverhältnismäßig hohe Strafe als »justiziellen Rassismus«. Nach seiner Einschätzung kam es zur Verurteilung, weil der Angeklagte ein Schwarzer war. Gegen Burrell wurde wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz eine Geldstrafe von 2000 DM verhängt. Er kam entgegen der Absprache zwischen Rechtsanwalt und Staatsanwalt in Abschiebehaft und nur ein Asylantrag verhinderte die Abschiebung in die USA. Im August 1971 durfte er – ohne die ihm noch zustehende Haftentschädigung in Höhe von 1 200 DM zu erhalten – nach Algerien ausfliegen. Im Revisionsprozess gegen Lawrence Jackson vor dem Landgericht in Frankenthal, der von Solidaritätsdemonstrationen in der Stadt und Spektakeln im Gerichtssaal begleitet wurde, wurde das Urteil im August 1972 auf vier Jahre Haft reduziert. Auf Flugblättern und Plakaten stand: »Rassismus gibt es nicht nur in Amerika. Jeder von uns weiß, wie in der Bundesrepublik ausländische Arbeiter behandelt werden, wie ihre Unterkünfte aussehen, dass sie bei jeder Konjunkturschwankung einfach abgeschoben werden.«

Die Spaltung der Black Panther Party überraschte die deutsche Solidaritätsbewegung und traf besonders die, die sich zuvor vorbehaltlos mit den Pantheren identifiziert hatten. Die *agit 883* nahm an, dass die Fraktion um Huey Newton versuchen wolle, militärischen und politischen Kampf zu verbinden, während die Cleaver-Fraktion den militärischen Kampf verabsolutiere. Die Spaltung behindere auf jeden Fall den Kampf für die Freilassung der Gefangenen. Nach dem Ende der Black Panther Party 1971 erschien die dritte Nummer des *Informationsbriefes des Black Panther-Solidaritätskomitees* als erste Ausgabe der Zeitschrift *Antiimperialistischer Kampf*. Die Aktivist/innen stellten rückblickend fest, dass das Komitee sich »niemals umstandslos mit der

BPP identifiziert, sondern vielmehr Solidarität mit ihrem Kampf geschaffen« hätte. Die äußeren Verhältnisse, die Repression, aber auch die innerparteiliche Organisation und der Mangel an Demokratie habe maßgeblich zur Spaltung beigetragen. Die der traditionellen Linken nahe stehende Karin Röhrbein, ein Westberliner Mitglied des Komitees, machte die zunehmende Repression für das Ende der Black Panther Party verantwortlich. Die Herrschenden hätten nicht mehr zusehen können, wie sich ihre Gegner organisieren und zu einer revolutionären Partei werden: »Ihre Führer wurden verhaftet, erschossen, ihre Büros regelmäßig zerstört. Der Terror führte einerseits dazu, dass die Bevölkerung in den Ghettos abgeschreckt wurde mit den Panthers zusammenzuarbeiten [...] und andererseits führte er zu einer vorzeitigen Militarisierung und Verwirrung der ideologisch wenig gefestigten, kampfunerfahrenen und schlecht geschulten Mitglieder der Partei, die sich mittlerweile in einer Spaltung in zwei gleichermaßen sektiererischen Gruppen äußerte. Das aber bedeutet vollständige politische Wirkungslosigkeit«. Für das Black Panther-Solidaritätskomitee war die zentrale Frage nicht mehr, »ob das farbige Lumpenproletariat, sei es nun Klasse oder nicht, der Bündnispartner des Proletariats wird; sondern [...] ob es die Organisationen der weißen Linken in den USA schaffen, die aktuellen ökonomischen Abwehrkämpfe der Industriearbeiterschaft und Staatsangestellten so zu politisieren [...], dass sie trotz der Drohung der Arbeitslosigkeit sich an die Seite des kämpfenden Lumpenproletariats stellen können«.

Das Black Panther-Solidaritätskomitee löste sich ohne öffentliche Erklärung nach dem Prozess gegen die Ramstein 2 auf. Die Frankfurter Mitglieder arbeiteten weiter beim Verlag Roter Stern, wo bis 1974 mehrere Ausgaben des *Antiimperialistischen Kampfs* unter anderem zum bewaffneten Kampf der Tupamaros in Uruguay oder der Roten Armee Japan erschienen. Zwei Verlagsmitarbeiter, Wilfried »Bonni« Böse und Hannes Weinrich, waren in dieser Zeit Gründungsmitglieder der Revolutionären Zellen.

Angela Davis

Angela Davis hatte 1965/66 ein Jahr am Institut für Sozialforschung in Frankfurt studiert und sich dort an der Arbeit des SDS und den ersten GI-Kampagnen beteiligt. Zurück in den USA schloss sie sich den Black Panthers und der Communist Party of the United States of America (CPUSA) an. Wegen ihrer Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei verlor sie 1969 ihre Stelle als Dozentin an der Universität von Los Angeles, musste aber nach einer Ge-

richtsentscheidung wieder eingestellt werden. Fortan besuchten bis zu 2000 Student/innen, Professor/innen und andere Interessierte ihre Vorlesungen über Hintergründe und Entwicklungen der Schwarzen Befreiungskämpfe. Wegen angeblich aufrührerischer Reden wurde sie im Juni 1970 erneut entlassen. Sie war zu dieser Zeit in Gruppen wie dem Che-Lumumba-Club und dem Komitee zur Verteidigung der Soledad-Brothers – genannt nach dem kalifornischen Gefängnis Soledad in Salinas – aktiv, die sich für die Freiheit afroamerikanischer Gefangener einsetzten. Mit den Soldedad-Brothers John Clutchette, Fleeta Drumgo und George Jackson, die laut einer haarsträubenden Konstruktion im Soledad-Gefängnis einen weißen Wärter getötet haben sollten, später aber freigesprochen wurden, stand sie im Briefkontakt.

Im August 1970 erging Haftbefehl gegen Angela Davis. Der 17-jährige Jonathan Jackson, ein guter Freund von Davis und jüngerer Bruder von George Jackson, hatte mit Gewehren bewaffnet einen Gerichtsprozesses gestürmt und gemeinsam mit dem Angeklagten James McClain und dem Zeugen Ruchell Magee den Richter, den Staatsanwalt und drei weiße Geschworene als Geiseln genommen, um die drei Soledad-Brothers zu befreien. Bei ihrer Flucht in einem Lieferwagen schoss die Polizei auf sie, Jackson und McClain starben, Ruchell Magee überlebte. Ihm wurden – erfolglos – von der Polizei Versprechungen gemacht. Falls er aussage, Angela Davis habe ihn und Jackson zu dieser Aktion angestiftet. Gegen Angela Davis wurde ermittelt, weil sie die eingesetzten Gewehre nach den Drohungen weißer Rassisten zur Selbstverteidigung gekauft hatte. Um einem unfairen Prozess zu entgehen, tauchte sie unter, woraufhin weltweit nach ihr gefahndet wurde. Auch das bundesdeutsche Innenministerium veranlasste Hausdurchsuchungen bei früheren Freunden Angela Davis' in Frankfurt am Main. Sie wurde wegen fünffacher Entführung und Beihilfe zum Mord angeklagt und gehörte zu den zehn meist gesuchten Personen des FBI. Im Oktober 1970 wurde sie in New York festgenommen und nach Kalifornien ausgeliefert, wo ihr die Todesstrafe drohte.

In den USA entstanden schnell über 100 Komitees für ihre Freilassung, auch in der BRD bildeten sich Solidaritätskomitees. Zu den maßgeblichen Trägern der Proteste gehörten die DKP mit ihrem Jugendverband SDAJ und die Westberliner SEW⁴² sowie intellektuelle und akademische Kreise vor

42 Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) war eine mit der SED und der DKP eng verbundene kommunistische Partei in Westberlin. Sie ging aus den Berliner Kreisorganisationen der SED in den zwölf westlichen Bezirken Berlins hervor, welche 1959 eine eigene einheitliche Leitung erhielten.



Angela Davis in FDJ-Bluse
neben Erich Honecker bei ihrem
DDR-Besuch im September 1972
(Archiv des Autors)

Demonstration von 200 Frauen
und Kindern am 13. März 1971 in
Frankfurt am Main
(Archiv des Autors)



allem um das Sozialistische Büro.⁴³ Anders als die Black Panther-Solidarität war die Kampagne für Angela Davis eher liberal-bürgerrechtlich ausgerichtet und Demonstrationen zu US-Konsulaten endeten nicht mit eingeworfenen Scheiben, sondern mit der Übergabe von Petitionen und Unterschriftenlisten.

Aus Kreisen der DKP wurden Initiativausschüsse gegründet, zu deren Veranstaltungen in Westberlin 2000 Personen kamen. Das Sozialistische Büro koordinierte die Arbeit des von Frankfurter Freund/innen von Angela Davis gegründeten Angela Davis-Solidaritätskomitees, das sich einen politisch unabhängigen Status zu geben versuchte. Dieses Solidaritätskomitee organisierte an mehreren Universitäten Teach-Ins und publizierte Wandzeitungen und Broschüren in großer Auflage. Auf Initiative des Komitees veröffentlichten über 300 Wissenschaftler/innen, Schriftsteller/innen, Journalist/innen, Gewerkschaftsfunktionär/innen, Schauspieler/innen und Regisseur/innen eine Solidaritätserklärung, die von 36 000, auch prominenten, Einzelpersonen und vielen Organisationen unterschrieben wurde. Davis wurde zum Unwillen amerikanischer Behörden und deutscher Landesregierungen von Universitäten und Fachbereichen als Gastprofessorin eingeladen, in Vorlesungsverzeichnisse aufgenommen und für die Ehrendoktorwürde vorgeschlagen. Auch das Black Panther-Solidaritätskomitee und die gerade entstehenden K-Gruppen beteiligten sich an der Solidaritätsarbeit für Angela Davis. Hinzu kamen Initiativen der Frauen- und Friedensbewegung bis hin zu den Lagergemeinschaften Buchenwald-Dora in der BRD und DDR.

Nach ersten gemeinsamen Auftritten entstanden bald getrennt agierende Gruppen. Das DKP/SEW-Spektrum verschwieg die militanten und revolutionären Ansichten von Angela Davis und sprach lieber von der »farbigen Bürgerrechtskämpferin«. Die KPD/AO kritisierte die von der DKP gewünschte Einbindung von Sozialdemokrat/innen. Das Black Panther-Solidaritätskomitee kritisierte die Linie der DKP als Entpolitisierung. Es befürchtete, dass der Prozess gegen Bobby Seale und die Repression gegen andere Black Panther aus der Öffentlichkeit gedrängt werde. Das Angela Davis-Solidaritätskomitee war von der SDAJ von der Vorbereitung einer Rundreise mit Angela Davis' jüngerer Schwester Fania ausgeschlossen worden, während das Black Panther-Solidaritätskomitee an dieser Rundreise beteiligt war. Fania Davis forderte auch in dessen Sinn die Freiheit der Ramstein 2 und aller politischen Gefangenen. Mit der Forderung nach Freiheit *aller* politischen Gefangenen, auch der aus

43 Das Sozialistische Büro (SB) wurde 1969 von meist gewerkschaftsnahen Linken gegründet, die sich weder in K-Gruppen, der DKP noch in den spontaneistischen Gruppen wiederfanden.

der RAF, konnte sich wiederum das Angela Davis-Solidaritätskomitee nicht anfreunden.

Am Beispiel Angela Davis' wurde auch die politische Unterdrückung der Frau kritisiert. Nicht nur der mit der Studentenbewegung eng verbundene Herbert Marcuse sah eine mehrfache politische Repression gegen Angela Davis: an ihr als Frau, als Schwarze und als Kommunistin sollten »alle Feinde [...] exemplarisch liquidiert« werden. Ekkehart Krippendorf formulierte ergänzend: »Es wäre völlig unmarxistisch, die Frauenemanzipationsbewegung nur als Moment der Emanzipation der Arbeiterklasse zu begreifen und nicht als ein ganz zentrales Moment, eine ganz zentrale Bewegung von Emanzipation von überkommenen Fesseln überhaupt. Es wäre ebenso ganz unmarxistisch, auch und nicht zuletzt die radikale schwarze Bewegung in den USA nur als solchen Teilaspekt des ›klassischen Klassenkampfes‹, also des Kampfes der Arbeiterklasse im dogmatisch verkürzten Sinn zu interpretieren«. Hier wurden mit den Unterdrückungsverhältnissen Patriarchat und Rassismus Gedanken angerissen, die sich 1990 im »Triple Opression«-Ansatz der neueren antirassistischen Bewegung wiederfanden.

Das Angela Davis-Solidaritätskomitee rief für Anfang Juni 1972 zum Kongress »Am Beispiel Angela Davis« auf. Er sollte den Kampf der US-amerikanischen Opposition unterstützen, deren Forderungen bekannt machen und ein Ausdruck der Solidarität mit Angela Davis und allen Opfern des amerikanischen Imperialismus in den USA und Indochina sein. Der Aufruf wurde vom Verband deutscher Studentenschaften (VDS), von den Jungdemokraten, dem Sozialistischem Büro, dem Bund Deutscher Pfadfinder, den Falken, Jusos und SHB, der Naturfreundejugend und dem Bundesjugendring sowie Schriftsteller/innen, Gewerkschafter/innen, Wissenschaftler/innen und SPD-Bundestagsabgeordneten unterstützt. Andere linke Organisationen beteiligten sich so gut wie nicht. Die Teilnehmer/innen kamen überwiegend aus Basisgruppen von Lehrlingen, Student/innen, Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen sowie der Gewerkschaftsjugend. An der anlässlich des Kongresses stattfindenden Demonstration nahmen 10 000 Menschen teil. Der als Redner vorgesehene Sprecher der Pariser Verhandlungsdelegation⁴⁴ der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, Ly Van Sau, erhielt auf Weisung von Bundesinnenminister Genscher ebenso wie der belgische Trotzkiist – und jüdische Resistancekämpfer – Ernest Mandel kein Einreisevisum. Von beiden

44 Die USA und Nordvietnam verhandelten seit 1968 in Paris über ein Ende des Krieges. Erst 1973 kam es zu einem Übereinkommen, in dessen Folge die USA ihre Truppen fast vollständig abzogen.

wurden Grußbotschaften verlesen. Herbert Marcuse sprach zum Befreiungskampf der Afroamerikaner/innen und stellte ihn in Zusammenhang mit den antikapitalistischen Kämpfen der Studenten-, Lehrlings- und Frauenbewegung. Marcuse überbrachte auch »wärmste revolutionäre Grüße« von Angela Davis, die zuversichtlich sei, freigesprochen zu werden.

Um die Räumlichkeiten der Universität zu bekommen, hatte der AStA zugesichert, dass weder zur Gewalt aufgerufen, noch Personen auftreten würden, gegen die ein Einreiseverbot bestehe – ein wesentlicher Unterschied zum Besuch Kathleen Cleavers ein knappes Jahr zuvor. Der Kongress fand nach der »Mai-Offensive« der RAF statt, die auch US-Militäreinrichtungen mit Autobomben angegriffen hatte und zwei Tage vor dem Kongress waren Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe in Frankfurt verhaftet worden. Die Forderung nach Freilassung dieser Gefangenen stand nicht auf der Agenda des Kongresses, im Gegenteil: Oskar Negt, der Professor in Hannover geworden war, rief dazu auf, der RAF die Unterstützung bei der Suche nach Wohnungen, Fahrzeugen und materieller Hilfe zu entziehen und sie den Verfolgungsbehörden auszuliefern. Es gäbe »nicht die geringste Gemeinsamkeit, die die politische Linke der Bundesrepublik zur Solidarität veranlassen könnte«. Die Organisator/innen wollten in allen Arbeitskreisen die Parallelen und Unterschiede zwischen den USA und Europa deutlich machen, um damit ihr Argument zu stärken, die Verhältnisse in der BRD rechtfertigten keine bewaffneten Kämpfe. Dadurch wurde der Kongress zu einer Distanzierung von der RAF und geriet als solche in die Schlagzeilen. Tatsächlich gab es bei Teilnehmer/innen, jenseits der Sprecher/innen und Organisator/innen, Stimmen, die in der Praxis der RAF einen berechtigten politischen Ansatz erkannten.

Angela Davis selbst hatte immer wieder versucht, die weltweite Aufmerksamkeit auf andere Gerichtsprozesse gegen politische Aktivist/innen zu lenken, dennoch erwachsen aus der Angela Davis-Solidarität keine Initiativen in diese Richtung. Im Januar 1971 hatte von Demonstrationen begleitet das strafprozessuale Vorverfahren begonnen. Angela Davis hieß das Publikum mit dem Black Power-Gruß willkommen und hielt eine kurze Verteidigungsrede. Neben ihr saß Ruchell Magee auf der Anklagebank, dessen Verfahren später abgetrennt wurde. Weil er nicht kooperierte, wurde er wegen Mordes angeklagt und zur Höchststrafe verurteilt. Er gehört heute zu den am längsten inhaftierten Gefangenen in den USA. Das mehrmals verschobene Hauptverfahren gegen Davis begann Ende Februar 1972 in San Jose und dauerte drei Monate. Kurz vor Prozessbeginn wurde vom obersten Gerichtshof Kaliforniens die Todesstrafe für verfassungswidrig erklärt, womit die Entscheidung, Angela Davis nicht gegen Kautions freizulassen, hinfällig wurde. Sie kam nach

Hinterlegung von mehr als 100 000 Dollar frei. Zu Prozessbeginn wurden zwölf Geschworene und sechs Ersatzgeschworene aus über 1 000 Kandidaten ausgewählt. Angela Davis konnte in ihrer 90-minütigen Verteidigungsrede die Vorwürfe des Staatsanwalts Stück für Stück zerpfücken und die Zeugen der Staatsanwaltschaft blamierten sich wie in einem schlechten Krimi: Eine musste zugeben farbenblind zu sein, wodurch ihre belastenden Aussagen hinfällig wurden und ein Tankstellenwärter hatte Davis angeblich in der Nähe des Tatorts gesehen, was Davis' Zimmernachbarin widerlegen konnte. Nach der Beweisaufnahme erklärte die rein weiße Geschworenenjury Angela Davis einstimmig für nicht schuldig in allen Anklagepunkten.

Korrespondenten des *Spiegel* und des *Neuen Deutschland* hatten vom Gerichtsverfahren berichtet. Auf Initiative der Ostberliner Tageszeitung *Junge Welt* waren etwa zwei Millionen Postkarten mit aufgedruckten roten Rosen an Angela Davis ins Gefängnis geschickt worden. Dies wirkte sich – nach Davis' Einschätzung – auf den juristischen Verlauf positiv aus.

Wenige Stunden nach Ende des Frankfurter Kongresses wurde der Freispruch für Angela Davis bekannt. Mit der Herausgabe der Kongressdokumentation, die aufzeigen sollte, dass das erfreuliche Ende des Strafprozesses nichts an den rassistischen Strukturen der USA änderte, beendete das Angela Davis-Solidaritätskomitee Ende 1972 seine Arbeit.

Im September 1972 reiste Angela Davis zu einem mehrtägigen Besuch in die DDR, die UdSSR und ČSSR sowie nach Chile und Cuba. Die Einladung des Angela Davis-Solidaritätskomitees in die Bundesrepublik nahm sie nicht an. 1975 konnte Angela Davis ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Mit ihrem Buch *Women, Race and Class* gab sie 1982, als sie in Kalifornien wieder die Fächer Philosophie, Black Studies und Women's Studies lehrte, den Anstoß für eine Antirassismus-Diskussion auch in der bundesdeutschen Frauenbewegung, die erst Ende der 1980er breiter aufgegriffen wurde.